

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuß**

61. Sitzung

am Donnerstag, dem 29. April 1999, 14:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

## **A n h ö r u n g**

### **Tag der Initiativen**

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Walhorn (SPD)

Vorsitzende

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

in Vertretung von Roswitha Müllerwiebus

Uwe Eichelberg (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

Kläre Vorreiter (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

**Fehlende Abgeordnete**

Dr. Jürgen Hinz

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:****Tag der Initiativen**hier: **Anhörung**

<b>Teilnehmer</b>	<b>Verband/Institution</b>	<b>Umdruck</b>	<b>Seite</b>
Iwer Rinsche Renate Groth	„Spendenparlament Lübeck - Parlament der Nächstenliebe e.V.“- Gemeindediakonie Lübeck		4
Dr. med. Jochen Tolk Wulf Hornung	Deutsche Rheuma-Liga Landesverband Schleswig-Holstein e.V.		6
Annelore Bieger	Mukoviszidose e.V. Regionalgruppe Kiel		8
Christina Maria Tröber Katrín Jelonnek Frau Viohl Doris Scheib	KONKRET e.V. Kontaktstelle für krebserkrankte Frauen		9
Irmgard Wendorf	IHRISS e.V. - Verein für feministisch- psychosoziale Arbeit für Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrungen		11
Josef Riederle Dani Pendorf	Migration e.V. - Verein zur Förderung des interkulturellen Lebens	14/3265	12
	Verschiedenes		13

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Tag der Initiativen**

hier: **Anhörung**

**„Spendenparlament Lübeck - Parlament der Nächstenliebe“  
Gemeindediakonie Lübeck**

Herr Rinsche unterstreicht einleitend, dem in Anlehnung an das Hamburger Modell im August letzten Jahres gegründeten „Spendenparlament Lübeck - Parlament der Nächstenliebe“ liege die Idee zugrunde, den Spendern die Möglichkeit zu geben, direkt über die Vergabe von Spendengeldern mitzuentcheiden, deren weitere Verwendung zu verfolgen und zu begleiten.

Im folgenden erläutert Herr Rinsche die Funktion und die Arbeitsweise des Spendenparlaments. So könnten ausschließlich die 275 „Parlamentarier“ als beitragszahlende Mitglieder des Spendenparlaments - der jährliche Mindestbeitrag betrage 120 DM - Anträge zur Förderung von Projekten einbringen. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Vorstandes, die „nach bestem Wissen und Gewissen“ unverbindlich getroffen werde, würden diejenigen Projekte gefördert, die die meisten Stimmen erhielten. Ablehnungen gebe es auf diese Weise nicht. Habe ein Projekt keine Berücksichtigung gefunden, könne für die nächste Sitzung einmalig erneut ein Antrag gestellt werden. Ziel sei es, eine persönliche Verbindung zwischen dem Projekt und dem begleitenden „Parlamentarier“ herzustellen sowie über eine Berichtspflicht der „Parlamentarier“ den Fortgang des jeweiligen Projektes transparent zu machen.

Die Arbeit des Spendenparlaments sei darauf ausgerichtet, Menschen in Armut in Lübeck und Umgebung zu helfen. Hierbei handele es sich nicht um Einzelfallhilfe, sondern die Unterstüt-

zung richte sich an organisierte Kreise wie Initiativen und Vereine. Zur Verfügung stünde dem Spendenparlament ein Betrag von 75.000 DM, den das Parlament über Spendenbeiträge der Mitglieder und durch Werbekampagnen gesammelt habe.

Das Spendenparlament habe sich im letzten Jahr konstituiert und am 22. April dieses Jahres zum ersten Mal getagt. Dabei sei entschieden worden, insgesamt neun von 13 vorgeschlagenen Projekten mit insgesamt 25.000 DM finanziell zu unterstützen. Es sei beabsichtigt, dreimal im Jahr zu tagen. Die Arbeit des Spendenparlaments basiere auf Ehrenamtlichkeit. Die Verwaltungstätigkeit werde zur Zeit noch von der Diakonie Lübeck mitgetragen. Spendengelder würden dafür nicht eingesetzt.

Herr Rinsche und Frau Groth betonen auf eine Frage von Abg. Baasch, das Spendenparlament unterstütze nur Projekte, die keine Förderung durch die öffentliche Hand erhielten.

Ob Unternehmen ihre Spendenaktivitäten für eigene Werbezwecke nutzen, wisse sie nicht, erwidert Frau Groth gegenüber Abg. Böttcher. Sichergestellt sei jedoch, daß Unternehmen nicht als „Parlamentarier“ fungieren könnten, sondern ihrerseits einen persönlichen Vertreter entsenden müßten.

### **Deutsche Rheuma-Liga Landesverband Schleswig-Holstein e.V.**

Herr Dr. Tolk gibt einleitend einen Überblick über die 400 verschiedenen rheumatischen Erkrankungen und geht anschließend auf die Aufgabenschwerpunkte der 1972 gegründeten Deutschen Rheuma-Liga ein. Neben Information und Aufklärung stünde vor allem die Betreuung der Mitglieder im Sinne einer Bewältigung der Krankheit im Vordergrund. Komplementär zur medizinischen und ärztlichen Betreuung würden beispielsweise sozialmedizinische Beratung, Funktionstraining, Ergotherapie sowie Schmerzbewältigungskurse angeboten. Seit 1991 wirke die Deutsche Rheuma-Liga zusammen mit 60 externen Kooperationspartnern darauf hin, die Versorgung der an Rheuma erkrankten Menschen zu optimieren. Es gebe interne Kooperationspartner - also eigene Mitglieder - sowie externe Kooperationspartner, die beispielsweise der Krankenkassen, Ärzteschaft, medizinischen „Assistenzberufe“, sozialpädagogischen und psychologischen Berufe angehörten oder aus dem Bereich der Gesundheitspolitik kämen.

Große Bedeutung komme dabei dem mit Ärzten und Patienten besetzten Koordinationsausschuß zu, der zur Umsetzung des Landesrheumaplan Schleswig-Holstein beitragen solle. Die eigentliche Detailarbeit übernehme der Koordinationsrat, in dem Krankenkassen, Landesversicherungsanstalt, Sozialministerium, Kassenärztliche Vereinigung und Ärztekammer vertreten seien. Die Arbeitsgemeinschaften des Landesverbandes stellten die regionale Präsenz und damit die Selbsthilfeangebote in der Fläche in Schleswig-Holstein sicher.

Herr Hornung unterstreicht, die „Volkskrankheit“ Rheuma stelle einen erheblichen Kostenfaktor im Gesundheitswesen dar, den die Deutsche Rheuma-Liga durch ihre vielfältigen Aktivitäten zu reduzieren helfe.

Was die mobile Beratung anbelange, die Abg. Hunecke thematisiert, verfüge die Deutsche Rheuma-Liga vor Ort nicht über eigene Dienste, sondern müsse zur Wahrnehmung der Beratungspflichten auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen.

Zur Fortbildung von Ärzten auf dem Gebiet der Rheumatologie arbeite die Fortbildungsakademie der Deutschen Rheuma-Liga eng mit der Fortbildungsakademie der Ärztekammer zusammen, erwidert Herr Dr. Tolk auf eine Frage von Abg. Eichelberg. Die überwiegende Zahl der Rheumapatienten werde von Hausärzten überwiesen, teilt Herr Dr. Tolk auf eine Frage der Vorsitzenden mit. Kritisch erachte der Präsident der Deutschen Rheuma-Liga jedoch ein Hausarztmodell, das dem Patienten selber nicht mehr die Möglichkeit gebe, einen Rheumatologen ohne Überweisung durch den Hausarzt aufsuchen zu können.

Herr Hornung ergänzt auf eine Frage von Abg. Hunecke, durch die Kürzungen im Zuge der Gesundheitsstrukturreform habe die Deutsche Rheuma-Liga einen deutlichen Anstieg der Nachfrage verzeichnet, da die Ärzte verstärkt Patienten an die Deutsche Rheuma-Liga verwiesen, um ihr eigenes Budget nicht zu überziehen. Die Deutsche Rheuma-Liga rechne für ihre Mitglieder direkt mit den Krankenkassen ab. Die Mitglieder selber hätten einen minimalen Eigenanteil zu entrichten. Er betont, die Deutsche Rheuma-Liga stehe jedoch auch Nichtmitgliedern offen.

Abschließend richtet Herr Dr. Tolk die Bitte an die Ausschußmitglieder, daß sich ein Vertreter des Ausschusses an der Arbeit des Koordinationsrates beteiligen möge.

**Mukoviszidose e.V.  
Regionalgruppe Kiel**

Frau Bieger stellt in großen Zügen die Regionalgruppe Kiel des Mukoviszidosevereins und die Aufgaben vor. Ein Schwerpunkt bestehe in der Betreuung von Kindern und Erwachsenen, die an Mukoviszidose erkrankt seien. Speziell Familien bedürften nach einer Diagnose der Begleitung. Darüber hinaus organisiere die Regionalgruppe Kiel sogenannte Klimakuren. Ein besonderes Anliegen stelle die Einrichtung einer Schulküche dar. Ferner sei beabsichtigt, die internistische Versorgung von Mukoviszidose-Betroffenen in der Universitätsklinik Kiel zu verbessern. Die Regionalgruppe Kiel pflege Kontakte zur Ärztekammer und zu Kliniken und lege Informationsmaterial aus.

In ärztlicher Betreuung seien in Schleswig-Holstein zur Zeit ca. 80 Kinder und 30 Erwachsene, erwidert Frau Bieger auf eine Frage von Abg. Vorreiter, wobei sie die Vermutung äußert, daß die Dunkelziffer sehr viel höher liege.

Frau Bieger problematisiert, daß an Mukoviszidose erkrankte Menschen nur in seltensten Fällen von der Pflegeversicherung anerkannt würden, und drückt darüber ihr Bedauern aus.



### **KONKRET e.V. Kontaktstelle für krebskranke Frauen**

Frau Tröber teilt mit, der Verein KONKRET e.V. sei im Juni 1998 mit dem Ziel gegründet worden, krebskranken Frauen in Flensburg als Anlaufstelle zu dienen, in der Beratung und Betreuung im Vordergrund stünden. Damit unterscheide sich der Verein grundsätzlich von Selbsthilfegruppen, die auf diesem Gebiet tätig seien. Im Rahmen von Informationsveranstaltungen leiste KONKRET Aufklärungsarbeit. Mit Hilfe von Fragebögenaktionen stelle der Verein den Bedarf sowie die Bedürfnisse dieser Zielgruppe näher fest, auf die das Angebot des Vereins zugeschnitten werden solle.

Frau Viohl erläutert im einzelnen anhand von Folien, die dieser Niederschrift in Kopie beigelegt sind, die Struktur der Fragebögen sowie deren inhaltliche Auswertung. So habe KONKRET unter anderem festgestellt, daß der Bedarf an seelischer und psychologischer Unterstützung vor, während und nach der Erkrankung speziell im Krankenhaus sehr hoch sei. Ähnlich großen Wert legten Patientinnen auf die medizinische Aufklärung. Hinsichtlich der Anforderungen an eine Beratungsstelle seien regelmäßige Beratungszeiten sowie eine Beratung zu Hause gewünscht. Ferner teilt Frau Viohl mit, daß KONKRET Informationen zum Thema Strahlentherapie für Patientinnen sowie eine Bücherliste zum Themenkomplex zusammengestellt habe. Frau Scheib gibt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, daß sich von den 75 angeschriebenen Ärzten nur 19 an der Fragebögenaktion beteiligt hätten.

Frau Scheib stellt im folgenden die kurz-, mittel- sowie langfristigen Ziele des Vereins dar. Kurzfristig beabsichtige KONKRET, die konzeptionelle Entwicklung abzuschließen. Schwerpunkt der Arbeit solle die Zusammenstellung und Weitergabe von Informationen bilden, die den betroffenen Frauen unter anderem im Rahmen von Veranstaltungsreihen vermittelt werden sollen. Mittelfristig plane KONKRET eine ambulante Beratung für erkrankte Frauen und deren Angehörigen. Langfristig sei eine Verankerung in Flensburg in dem Sinne angedacht, daß die ehrenamtliche Tätigkeit durch professionelle Kräfte - beispielsweise durch ABM-Stellen - ergänzt werden solle. Notwendig sei ebenfalls ein Büro, das als Anlaufstelle für die betroffenen Frauen diene.

Der von KONKRET veranschlagte Finanzrahmen belaufe sich auf ca. 140.000 DM. Der Verein finanziere sich zur Zeit durch Spenden sowie durch finanzielle Unterstützung des Frauenausschusses in Flensburg. Die Druckkosten für die Faltblätter übernehme die IKK Schleswig-Holstein. Frau Tröber äußert ihr Bedauern darüber, daß M Birk kürzlich die Unterstützung des Vereins versagt habe. Frau Tröber verneint die Frage der Vorsitzenden, ob sich KONKRET einem Wohlfahrtsverband angeschlossen habe.



### **IHRISS e.V. - Verein für feministisch - psychosoziale Arbeit für Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrungen**

IHRISS - Verein für feministisch - psychosoziale Arbeit für Frauen mit und ohne Psychiatrieerfahrungen sei 1992 auf Initiative des Vereins donna klara ins Leben gerufen worden, teilt Frau Wendorf mit, und erläutert anschließend die Finanzierung durch Stadt und Land.

In erster Linie richte IHRISS das Angebot an Frauen mit Psychiatrieerfahrungen. Frauen, die andere Probleme hätten, würden gegebenenfalls an donna klara verwiesen. Ferner erläutert sie in großen Zügen eine von IHRISS durchgeführte Veranstaltung zum Thema, wie sich Frauen die Psychiatrie der Zukunft vorstellen. Als wesentliches Ergebnis sei festzuhalten, daß ein frauenspezifisches Bewußtsein entwickelt, das Personal besser ausgebildet werden müßte und sich die psychiatrische Versorgung mehr auf die Gemeinde erstrecken sollte. In diesem Sinne spricht sich Frau Wendorf für die Weiterentwicklung einer menschenwürdigen Psychiatrie aus. Dem schließt sich die Vorsitzende an.

Auf eine Frage von Abg. Aschmoneit-Lücke teilt Frau Wendorf mit, daß IHRISS Supervision - durchgeführt vom Mitarbeiterstamm, aber auch von einer externen Kraft - sowie Intervision anbiete. Es fänden Gruppengespräche sowie Einzelgespräche statt. Im letzten Jahr habe IHRISS 199 Treffen angeboten, die im Durchschnitt jeweils sechs bis sieben Frauen wahrgenommen hätten. Einzelberatungen fänden persönlich oder telefonisch statt. Mit Unterstützung des Frauenministeriums seien Leitlinien als Hilfen für psychisch kranke und behinderte Frauen entwickelt worden. IHRISS arbeite eng mit der dezentralen Psychiatrie zusammen, betont Frau Wendorf gegenüber Abg. Baasch.

**Migration e.V. - Verein zur Förderung des interkulturellen Lebens**  
**Umdruck 14/3265**

Herr Riederle führt in großen Zügen in die Arbeit und die Aufgaben des Vereins zur Förderung des interkulturellen Lebens - Migration - ein. Die Ausführungen sind dem Umdruck 14/3265 zu entnehmen.

Auf eine Frage der Vorsitzenden erwidert Herr Riederle, Migration biete neben Sprachunterricht auch Einzelförderung an. Diese Angebote nähmen die Jugendlichen freiwillig wahr.

Allerdings sei es nicht leicht, sie zu motivieren, da die Schule einen „hohen Frustrationsfaktor“ darstelle. Die Motivation steige in der Regel, wenn sie vor ihrem Schulabschluß stünden.

Wichtig sei vor allem, daß die Jugendlichen relativ früh nach Deutschland kämen. Diejenigen, die bereits 15 oder 16 Jahre alt seien, hätten speziell in der Schule große Schwierigkeiten. Das führe häufig dazu, daß sie nach Ende der Schulpflicht „ausgeschult“ würden, weil die Schule an die Grenze ihrer Kapazität angelangt sei. Diese Jugendlichen würden anschließend von einem Maßnahmeträger zum anderen „geschoben“, was bei ihnen Perspektivlosigkeit hervorrufe. So hätten sie den Eindruck, in Deutschland nie aus eigenen Kräften ihr Geld verdienen zu können.

80 Prozent der Jugendlichen gelänge jedoch die Sozialisation in Deutschland, führt Herr Riederle fort. Sie würden sich ohne große Probleme integrieren. Die übrigen 20 Prozent benötigten hingegen intensive Betreuung.

Auf eine Frage von Abg. Baasch nach der Akzeptanz der Einrichtung entgegnet Herr Riederle, diese sei bei den Jugendlichen selber „sehr hoch“. Migration arbeite zudem ganz bewußt mit anderen Jugendeinrichtungen zusammen. Außerdem widme sich Migration verstärkt der Elternarbeit. So gebe es zum Beispiel einen Beratungsbedarf, wie in Deutschland Erziehung funktioniere. Zudem organisiere der Verein im Herbst eine „Kletterfreizeit“, an der zur einen Hälfte die von Migration betreuten Jugendlichen und zur anderen Hälfte Jugendliche aus dem Stadtteil teilnähmen. Migration beabsichtige zudem, die Zielgruppe auf Migranten auszu dehnen.

### Verschiedenes

Der Ausschuß beschließt auf Vorschlag der Vorsitzenden, am 16. Juni 1999 eine Anhörung zum Thema Kurzzeitpflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein durchzuführen und dabei folgende Anzuhörende zu laden:

- Gesundheitsamt der Stadt Kiel
- LAG der freien Wohlfahrtsverbände
- MDK
- Landespflegeausschuß
- VdAK
- AOK
- Bundesverband privater Alten- und Pflegedienste sowie Bundesverband Ambulante Dienste e.V.
- Behindertenbeauftragter

Ferner verständigt sich der Ausschuß darauf, im Anschluß an die Anhörung am 16. Juni 1999 die schriftliche Anhörung zum Antrag der F.D.P.-Fraktion Modellversuch „Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung“ und Modernisierung der sozialen Hilfen, Drucksache 14/1418, auszuwerten.

Folgende Änderungen sollen an dem Protokoll über die 60. Sitzung des Sozialausschusses vorgenommen werden:

Auf Wunsch von Abg. Vorreiter soll auf Seite 6 folgender Absatz ergänzt werden:

„Auf die Frage von Abg. Vorreiter hin, ob die Bürgerbeauftragte sich eine Konstellation des Büros der Bürgerbeauftragten im Eingabenausschuß wie in Rheinland-Pfalz vorstellen könne, erwidert Frau Warnicke mit einer positiven Äußerung „ bei entsprechend zu schaffenden Voraussetzungen“.

Seite 10, fünfter Absatz, dritter und vierter Satz lauten: „Stammkräfte hingegen würden in Höhe von 60.000 DM für **20 Teilnehmer** und in Höhe von 30.000 DM für **10 Teilnehmer** gefördert. Früher habe das Förderverhältnis **1:10** betragen.“

Seite 11, erster Absatz, zweiter Satz lautet: „...habe sich in 1998 auf 5,69 **Milliarden** DM und in 1999 auf 6,9 **Milliarden** DM belaufen.“

Seite 11, erster Absatz, fünfter Satz lautet: „Addiere man alle für **SH** zur Verfügung stehenden Mittel...“

Die Vorsitzende, Abg. Walhorn, schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

gez. Frauke Walhorn  
Vorsitzende

gez. Birgit Raddatz  
Geschäfts- und Protokollführerin



